B'90/DIE GRÜNEN STADTRATSFRAKTION

20.07.2021

Pressemitteilung zur Haushaltskonsolidierung

Die Grünen anerkennen die Vorarbeit der Verwaltung zur Haushaltskonsolidierung. Als wenig glücklich beurteilen sie jedoch die Tatsache, dass einige Träger erst aus der Presse erfahren haben, dass in ihrer Einrichtung gespart werden soll. Bürgerbeteiligung und Bürgernähe sieht anders aus.
Auch vermissen die Grünen im Gemeinderat bei allem Sparwillen deutliche Gestaltungsanreize. Vielmehr wird abermals nach dem Motto verfahren "Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass!".

Gerade bei Bauprojekten müssten die Folgekosten stärker in den Focus gebracht werden. Zwar wurden jetzt die einzelnen städtischen Einrichtungen mit sogenannten Steckbriefen versehen, eine notwendige haushaltspolitische Diskussion darüber blieb jedoch aus. Der Unterhalt von Gebäuden und die Folgekosten von neu geschaffenen Einrichtungen erhöhen den Verwaltungshaushalt und schränken den Spielraum für notwendige Investitionen immer mehr ein.

Zur vorliegenden Konsolidierungsliste:

Laufende Nummern mit einem „Nein“ zu Kürzungen: Hier war sich der Gemeinderat einig und würdigt damit wird die Arbeit der Vereine und Leistungsträger. Die Pandemie zeigte uns deutlich, dass z.B. die Hilfe für Frauen in Not, Hilfen zur Suchtprävention, Wohnberatungsdienste und die Arbeit der Stadtteileltern notwendig sind, weshalb von Streichungen abgesehen wurde. Obwohl es sich dabei nicht in erster Linie um städtische Aufgaben handelt, halten wir dies für einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des sozialen Miteinanders in unserer Stadt.

Laufende Nummern mit „Ja“ zu Kürzungen: Die pauschale Kürzung der Schulbudgets und der Sondermittel sind ein solidarischer Beitrag der Schulen, welche wir anerkennen.
Die Erhöhung der Kindergartengebühren sowie den Verzicht auf Wiederbesetzung von Stellen und die Reduzierung von Deputatszeiten bei Museum, VHS und Bibliothek tragen wir mit. Wir haben uns diese Streichungen nicht einfach gemacht, da wir wissen, dass damit immer auch persönliche Betroffenheiten und Belastungen verbunden sind. Welche Auswirkungen die Erhöhung der Teilnehmergebühren z. B. VHS, Bibliothek und Instrumentenverleih, Konus auf die Einrichtungen hat ist heute noch nicht absehbar, wir halten sie aber mit Blick auf die Haushaltskonsolidierung für unumgänglich.

Prüfaufträge Kultur
"Bei allem Sparwillen sollten wir nicht vergessen, dass Kultur sowohl einen nicht unbedeutenden Wirtschaftsfaktor darstellt als auch aktive Teilhabe am Stadtleben gewährleistet", so Margarete Kurfeß.
Wenn einmal mehr der sowieso schon arg angespannte Kulturbereich von den Sparmaßnahmen betroffen wird, ist es uns umso wichtiger, „Prüfaufträge“ als echte, engagierte Untersuchungen verstehen, die den kulturellen Einrichtungen auch solide Zukunftsperspektiven ermöglichen. Dies betrifft insbesondere das Nellie, das sich in der jüngsten Vergangenheit neu aufgestellt und gezeigt hat, dass der Betrieb wirtschaftlich geführt wird, oder auch tempus fugit. Pauschale Streichungen sehen wir hier äußerst kritisch, sind aber vorsichtig optimistisch, dass sich im intensiven Gespräch mit den einzelnen Einrichtungen noch gewisse Sparbeiträge aushandeln lassen könnten.

Prüfaufträge Soziales
Nach über einem Jahr Pandemie und den daraus resultierenden unabsehbaren Folgen für Kinder und Jugendliche ist eine finanzielle Kürzung oder gar Streichung hier moralisch eigentlich gar nicht vertretbar. Vermutlich wird es eher notwendig sein, ganz neu zu überlegen, wo mit Programmen und Projekten auf neu entstandene Bedarfe zu reagieren sein wird. Die Prüfaufträge SAK und Kaltenbach-Stiftung verstehen wir deshalb primär als Gespräche zur Neuausrichtung.

Die Kindertagespflege ist neben den Einrichtungen der Gemeinden die zweite tragende Säule der Kinderbetreuung. Aus der Vorlage „Ermächtigungsübertagung 147/2021“ entnehmen wir, dass trotz Corona im Jahr 2020 94.784€ abgerufen d. h. die gleiche Zahl an Betreuungsstunden geleistet wurden. Die Kindertagespflegeplätze wurden stets mit in unsere Betreuungsquoten eingerechnet. Die Schaffung von zusätzlichen Betreuungsplätzen würde im städtischen Haushalt ein Vielfaches kosten. Den zurzeit gewährten städtischen Zuschuss von 1 Euro/pro Stunde zu streichen halten wir daher für unlauter.

Mit freundlichen Grüßen

Margarete Kurfeß